

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 6 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die gegenwärtige Krise im Baugewerbe

Was jeder Einsichtige auf Grund der Lage der deutschen Bau- und Wohnungswirtschaft und der stetig steigenden Entwertung unseres Geldes seit langem kommen sah, ist leider eingetroffen oder wirft doch wenigstens dunkelste Schatten voraus. Wir stehen zurzeit in einer sehr schweren Krise der deutschen Bauwirtschaft — vielleicht in der schwersten, die sie je erlebte, und über kurz und lang muß es sich entscheiden, nach welcher Seite die Krise ihre Lösung findet, ob Wendung zum Besseren — oder aber völliger Zusammenbruch.

Wie sieht es gegenwärtig im deutschen Baugewerbe aus? Ueber seine Lage im vergangenen Monat, im August, berichtet das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner Nr. 17 noch verhältnismäßig günstig: „Die Geschäftslage im Baugewerbe ist bislang in den weiteren größten Teilen des Reiches noch unverändert günstig, doch mehrten sich die Anzeichen eines Umschwunges, dessen Ursachen weniger in der vorgerückten Jahreszeit, als in der katastrophalen Geldentwertung der letzten Wochen zu suchen sein dürften. Eine Einstellung begonnener Bauten, einerseits infolge völliger Erschöpfung der Mittel und der Unmöglichkeit, bei der augenblicklichen Versteigerung des Geldmarktes weitere Bankkredite zu erhalten, andererseits mit Rücksicht auf die zurzeit ganz unübersehbaren wirtschaftlichen Verhältnisse wird aus Thüringen, dem sächsischen Bezirk und vornehmlich aus dem Rheinland und dem Ruhrrevier gemeldet. So hat u. a. die Treuhändstelle für Bergmannsmaßnahmen im Ruhrrevier ihre Bautätigkeit fast ganz eingestellt, ebenso die Darmstädter- und die Nationalbank die Weiterführung ihres Kölner Umbaus. Trotzdem ist — bei dem Bestreben, die begonnenen Bauten so schnell wie möglich zu beenden — die Nachfrage nach Facharbeitern, wie Maurern, Zimmerleuten, Dachdeckern und Bauzeichnern allgemein sehr groß.“

Der letzte Satz enthält die wahre Situation. Die verhältnismäßig günstige Arbeitsmarktlage im August rührte allein daher, daß man vielfach danach strebte, die einmal begonnenen Bauten schnellstens fertigzustellen, um so den bevorstehenden Preis- und Löhnerhöhungen möglichst zuvorzukommen. Das wird in vollstem Umfange durch die Bautennachweise der „Baumwelt“ für den Monat August bestätigt, die nur über 1829 Wohnungs- sowie 392 Fabrik- und sonstige Bauten in Deutschland zu berichten weiß, gegenüber 2280 Bauten im August 1921 und 2495 Wohnungs- sowie 426 Fabrikbauten im Juli d. J. Somit beträgt der Rückgang im August gegenüber dem Vormonat annähernd 36 Prozent, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres jedoch zirka 33 Prozent!

Diese sich im August bereits ankündigende Entwertung hat sich im Laufe dieses Monats weiter ganz erheblich verschärft. Nur einige Beispiele: Die wesentlich von der Stadt Dortmund finanzierte gemeinnützige Siedlungsgesellschaft beabsichtigt einen großen Teil ihrer in Ausführung begriffenen Siedlungsbauten stillzulegen, ähnlich will man in Buer die Fortführung der Schulbauten einstellen. Die in Neudlinghausen im Bau befindliche Berufsschule soll nur so weit gefördert werden, daß sie gegen die Witterung geschützt ist. In Hamburg sieht man von der Fortführung derjenigen städtischen Bauten ab, die aus dem Fundament noch nicht heraus sind, in Ebernforde hat die Gemeinnützige Baugenossenschaft ihre Bautätigkeit überhaupt eingestellt. Dies nur ein paar Beispiele, von denen heute die Zeitungen so voll sind, daß man die Liste beliebig verlängern könnte.

Es dürfte sich erübrigen, hier lang und breit auf die ungeheuren volkswirtschaftlichen Nachteile einzugehen, welche diese Entwicklung naturgemäß

im Gefolge haben muß. Ebenso wenig braucht auseinanderzusetzen, welche Schäden das deutsche Baugewerbe und all die Hunderttausende von Menschen hierdurch erleiden, die aus ihm Existenz und Nahrung ziehen. Auch sei es uns erspart, die weiteren Folgen für den Wohnungsbau angesichts der himmelschreienden Wohnungsnot groß auszumalen. Dafür aber soll die Frage aufgeworfen und mit allem Nachdruck verfolgt werden:

Wie läßt sich Abhilfe schaffen?

Die Hauptursache dieser betrüblichen Entwicklung haben wir, wie schon betont, in der rapiden Geldentwertung und der dadurch veranlaßten Preissteigerung zu suchen. In diesem Sinne äußert sich auch der „Baumaterialienmarkt“, nach dem „der Monat August von der sich in vollem Fluß befindenden Preisbewegung beherrscht wurde. Durch sie wurden die bedauerlichen Entschlüsse so mancher Industriefirmen herbeigeführt, bereits in der Ausführung begriffene Bauten stillzulegen und geplante nicht in Angriff zu nehmen. Auch die folgenschwere Stilllegung der Bergmannswohnungsbauten in Rheinland-Westfalen sowie die Einstellung von Wohnungsbauten einer Anzahl Städte und Gemeinden ist auf die großen Preissteigerungen im August zurückzuführen.“

In diesen Preisbewegungen haben wir in der Tat den Hauptgrund zur Krise zu suchen. Sobald das aber erkannt ist, liegt alle Veranlassung vor, sich diese Preisbewegungen einmal genauer im Einzelnen anzusehen und festzustellen, ob sie im vollen die Katastrophe auslösenden Umfange tatsächlich durch die Geldentwertung bedingt waren. Träfe diese Annahme zu, dann ständen wir tatsächlich ratlos und machtlos der Entwicklung gegenüber. Trifft sie aber nicht zu, dann ergibt sich die Notwendigkeit, die sonst hier mitspielenden preissteigernden Einwirkungen sowohl im Interesse des Baugewerbes als der ganzen deutschen Volkswirtschaft radikal auszuscheiden — und zwar unverzüglich!

Von vornherein sei das hervorgehoben: Wenn eines an dieser Preisentwicklung unschuldig ist, so ist es die Entwicklung der Löhne. Den Beweis dafür haben wir in Nr. 37 der „Baugewerkschaft“ erbracht. Dort konnten wir im Hinblick auf die Lohn- und Preisentwicklung der Monate Juli und August feststellen, daß nur „die gegenüber der Friedenszeit erheblich gesunkenen Löhne der Bauarbeiter die Kosten der gesamten Bautätigkeit auf etwa dem Friedensniveau erhalten und ihr hinausschnellen entsprechend der Entwicklung der Baustoffpreise verhindert haben.“

Somit können es nur die Preisbewegungen der Baustoffe sein, welche die Verantwortung für die Katastrophe auf dem Baumarkt tragen. Und in der Tat hat die Entwertung der Mark in den letzten Wochen hier Vorgänge ausgelöst, die der Deffentlichkeit gar nicht verborgen bleiben dürfen.

In bezug auf die Entwicklung der Zement- und Kalkpreise kann man mit einer Kritik vielleicht noch zurückhalten, obwohl die Zementpreise auf etwa das 180fache und die Kalkpreise auf das zirka 230fache der Friedenssätze stiegen. Dafür aber haben

Steine und namentlich Holz Preissteigerungen erfahren, die geradezu unerhört sind.

Hintermauerungssteine, die 1914 in Berlin für 20 Mark das Tausend zu haben waren, müssen heute mit etwa 8000 Mark, d. h. mit dem 400fachen bezahlt werden. Der Preis für ein Festmeter gewöhnlichen, kesernen Schmittholzes betrug in Friedenszeiten etwa 60 Mark, heute ist er auf 35 000 Mark, d. h. annähernd auf das 600fache gestiegen! — Steine und Holz fallen bezüglich der Kosten beim Wohnungsbau gegenüber Kalk und namentlich Zement viel mehr ins Gewicht

als geradezu wahnwitzige Preisgestaltung droht nunmehr den Wohnungsbau vollständig lahmzulegen.

Wenn irgendwo, dann muß also hier der Hebel angelegt werden! Maßnahmen zur Verbilligung der Baustoffe, namentlich der Steine und des Holzes, müssen unverzüglich ergriffen werden! Dabei entbehrt es nicht eines gewissen Reizes, sich daran zu erinnern, daß es den Ländern und Gemeinden dank ihres großen Fortbestandes eine Leichtglück wäre, die Preisgestaltung des Holzes in erheblichem Maße zu beeinflussen. Doch davon ist keineswegs die Rede, eher ist das Gegenteil der Fall. Wir werden demnach auf diesen öffentlichen Skandal noch ausführlich zurückkommen.

Infolge dieser Entwicklung wird es in der Tat verständlich, wenn gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaften, Kommunen und auch die Industrie zur Aufgabe umfangreicher Bauvorhaben sich veranlaßt sahen und so die Krise im Baugewerbe auf den Gipfelpunkt trieben. Es ist nicht zuviel gesagt, daß in den ersten Septembertagen die Lage derart gespannt war, daß ein augenblicklicher Zusammenbruch zu befürchten stand. Angesichts solcher Aussichten ließ sich dann die Regierung genötigt, der Forderung des gerade keine Arbeiten beginnenden Interausschusses der Wohnungskommission des Reichstages nachzugeben und durch das Reichsfinanzministerium einen Kredit von 3 Milliarden Mark den Landesregierungen zu überweisen und zwar ausschließlich zu dem Zwecke, damit die Fertigstellung der begonnenen Bauten sicherzustellen, keinesfalls aber neue Bauvorhaben damit zu finanzieren. Dieser Notmaßnahme kann deshalb eine weitergehende Bedeutung nicht zukommen. Es wird einzig und allein der augenblickliche Zusammenbruch unserer Wohnungsbautätigkeit damit verhindert.

Darüber hinaus gibt es aber weit mehr zu tun. Einerseits handelt es sich darum, die für die Finanzierung der öffentlichen Wohnungsbautätigkeit erforderlichen Mittel in einem solchen Umfange aufzubringen, daß einmal eine ausreichende Anzahl neuer Wohnungen geschaffen und zum anderen der Zuschuß den tatsächlichen Kosten der Bautätigkeit entsprechend gestaltet werden kann. Andererseits aber muß mit allen Mitteln nach Verbilligung der Bauausführung und insbesondere der Baustoffpreise gestrebt werden.

Mit diesen Fragen hat sich nun inzwischen recht ausführlich der bereits erwähnte

Interausschuß des Reichstages

befähigt, der zu diesem Zwecke eine größere Anzahl von Sachverständigen, darunter auch unseren Zentralvorstehenden, den Kollegen Wieberg, sowie den Kollegen Nikolaus Sommer-Rürnberg, zusammengerufen hatte. Auf Grund seiner Beratungen ist dann der Ausschuß zu einer großen Reihe von Vorschlägen gekommen, deren Erfüllung die gegenwärtige Krise des Baugewerbes in der Tat einer Lösung im günstigen Sinne entgegenführen könnte.

Bei der großen Mehrheit des Ausschusses bestand Uebereinstimmung darüber, daß die Ueberwindung der Wohnungsnot bei Aufrechterhaltung der gebundenen Wirtschaft im Wohnungswesen nur dadurch möglich ist, daß aus der Wohnungswirtschaft selbst die Mittel zur Finanzierung der öffentlichen Neubautätigkeit aufgebracht werden. Dem entsprechend stellt der Ausschuß folgende

Forderungen zur Finanzierung der Neubautätigkeit

auf:
Als Hauptkapitalquelle für die Finanzierung ist die Wohnungsbarabgabe derzeit weiter auszubauen, daß aus ihren Erträgen jährlich etwa 150 000 Wohnungen hergerichtet bzw. neugebaut werden können.

Um dieses Ziel trotz des schwankenden Geldwertes und der schwankenden Baukosten zu erreichen, ist die Aufgabe der inneren Kaufkraft der Mark entsprechend beweglich zu gestalten und beruht zu erheben, daß gemäß einer festzusetzenden Indexzahl die Abgabe von Vierteljahr zu Vierteljahr erhöht oder erniedrigt wird.

Die Reichsregierung soll nach Zustimmung des Reichstags ermächtigt sein, mindestens sechs Wochen vor dem Quartalsersten den Satz festzustellen, um den die Wohnungsbauabgabe erhöht oder erniedrigt werden soll.

Industrie, Handel, Baugewerbe sowie Land- und Forstwirtschaft sind reichsrechtlich zu verpflichten, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit neben der allgemeinen Wohnungsbauabgabe Arbeitgeberzuschüsse zur Erstellung von Wohnungen zu leisten, soweit sie nicht durch eigene Leistung in der Wohnungsfürsorge Angemessenes schaffen."

Zur Verbilligung der Bauausführung

werden unter anderem gefordert: Rechtzeitige Bereitstellung der Mittel, Vereilebung der Bauaufträge auf das ganze Jahr, rascheste Durchführung des einmal aufgestellten Bauprogramms, schließlich zur Herbeiführung eines scharfen Wettbewerbes die Einschaltung gemeinnütziger Baubetriebe in den Baumarkt.

Zur Verbilligung der Baustoffe

fordert der Ausschuß insbesondere folgende Maßnahmen:

- a) Die Kontrolle und Mitleitung der Baustoffsyndikate durch Vertreter der öffentlichen Organe, der Gewerkschaften und der Verbraucher im Sinne des Artikels 156, Abs. 2 der Reichsverfassung.
- b) Die Einschaltung gemeinnützig arbeitender Baustoffbetriebe und Baustoffbeschaffungsstellen in den Wettbewerb der Baustoffindustrie und des Baustoffhandels zwecks Herabsetzung der Preise.
- c) Die Erleichterung der Baustoffherzeugung durch eine stärkere Ausnutzung der Werke.
- d) Die Bereitstellung von Bauholz aus den staatlichen Wäldern zu mäßigen Preisen an gemeinnützig arbeitende Baustoffbeschaffungsstellen zur Verarbeitung und Weitergabe an die gemeinnützig und privaten Bauunternehmungen.
- e) Die Einschränkung der Baustoffausfuhr auf das allerwenigste Maß.

Dazu kommen eine ganze Reihe einzelner Vorschläge, von denen folgende hier mitgeteilt seien:

I.

Der Untersuchungsrat nimmt dem Ausbau sowie der Erhöhung der Wohnungsbauabgabe nur unter der Voraussetzung zu, daß die Reichsregierung mit der Beschaffung der Mittel zum Wohnungsbau zugleich Maßnahmen trifft und dem Reichstag Vorlagen zur Beschleunigung unterbreitet, die Sicherungen darüber enthalten, daß die von der Allgemeinheit aufgetragenen Baukapitalien fruchtbar Verwendung finden und vor jedem unberechtigten Gewinnstreben der Baustoffherzeuger, Bauhändler und Bauunternehmer geschützt werden.

II.

Die Reichsregierung zu ersuchen, beim Reichstag hinreichende Mittel anzusfordern, um die Preispolitik der Syndikate und Kartelle einer laufenden und eingehenden Kontrolle unterwerfen zu können und gegebenenfalls Höchstpreise für alle Baustoffe und Bauteile, die für den Kleinwohnungsbau verwendet werden, festzusetzen.

III.

Die Ein- und Ausfuhr von Holz steht in einem unergiebigen Verhältnis zur gesamten Inlandsproduktion und zum Inlandsbedarf an Holz. Die Reichsregierung wird darum ersucht, die Aus- und Einfuhr von Holz darauf zu regeln, daß die Weltmarktpreise für Holz den Preis für das Inlands Holz nicht beeinflussen. Die preistreibende Wirkung der Weltmarktpreise soll dadurch ausgeschaltet werden, daß Aus- und Einfuhr von Holz nur auf den dringendsten Bedarf eingestellt und von einer öffentlich-rechtlichen Stelle im Preise so kontrolliert wird, daß die unent-

behrliche Einfuhr von Bahnholz durch eine Umlage auf das Inlands Holz auf den Marktpreis herabgesetzt wird.

IV.

- 1. Die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Zement-Syndikate dahin einzuwirken, die Produktion von Zement mit weniger als 250 Kilogramm Druckfestigkeit aufzunehmen und diese Zemente der Preisprüfung zu unterstellen, sowie die Preisprüfung auch auf den Verkauf auszudehnen.
- 2. Die Reichsregierung zu ersuchen, die Kohlenverteilung auf die baustoffherzeugenden Werke, soweit sie heute noch von den privaten Syndikaten und Kartellen selbst erfolgt, derart abzuändern, daß gemeinnützig tätige Organisationen unter der Aufsicht des Kohlenkommissars und im Rahmen der für die Kohlenwirtschaft maßgebenden Gesetze und Richtlinien das Recht erhalten, Teile der Kohlenkontingente zum Wäschehandeln von Lieferungsverträgen und zur eigenen Produktion von Baustoffen zu verwenden.
- 3. Die Reichsregierung zu ersuchen, alle Privatverträge zwischen den Syndikaten und Kartellen einerseits und den Händlerorganisationen andererseits nachzuprüfen und gesetzliche Sicherungen dafür zu schaffen, daß die gemeinnützig tätigen Organisationen und Gesellschaften beim direkten Bezug von Baustoffen und von Bauteilen nicht ungünstiger gestellt werden als der private Handel und Privatunternehmungen. Die Syndikate und Kartelle sind darauf zu verpflichten, alle Beschränkungen aufzuheben, die heute noch dem freien Absatz von Baustoffen und Bauteilen innerhalb der Reichsgrenze entgegenstehen.

V.

Die Reichsregierung zu ersuchen, die Besitzer von Staats-, Gemeinde- und Privatwäldern zu verpflichten, 10 Prozent ihres für Bauholz geeigneten jährlichen Holzeinschlags, berechnet nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre, zum Preise von 75 Proz. des durchschnittlichen Goldmarktpreises des Jahres 1914, zur Abgabe an gemeinnützig tätige Organisationen zur Verwendung für die mit öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsbauten zur Verfügung zu stellen.

VI.

Die Reichsregierung zu ersuchen, die Bildung einer einheitlichen Verbrauchervorgang aus allen gemeinnützig arbeitenden und im Wohnungsbau gemeinnützig tätigen Stellen durch Bereitstellung eines Kredites von mindestens 500 Millionen Mark zu fördern und auf die Länder dahin einzuwirken, daß sie für den gleichen Zweck Mittel zur Verfügung stellen."

Das sind im wesentlichen die Vorschläge des Untersuchungsrates. Leider muß der Nachdruck auf das Wort "Vorschläge" gelegt werden. Ob sie tatsächlich verwirklicht und durchgeführt werden, steht völlig dahin. Es ist festzustellen, daß der Weg hierzu sehr weit ist. Zunächst hat sich die Wohnungs-Kommission des Reichstages damit zu befassen, und erst deren Vorschläge gehen unmittelbar an das Plenum des Reichstages. Es wird Winter werden, bis dieses sich mit diesen überaus dringlichen Fragen beschäftigt. In seine Hand ist somit die Entscheidung über das Schicksal des deutschen Baugewerbes wie auch unserer ganzen Wohnungswirtschaft gelegt. Dann erst wird die gegenwärtige Krise ihre Lösung finden — entweder Wendung zum Besseren — oder aber völliger Zusammenbruch!

Bauenagitation

Ein Punkt von höchst wichtiger Bedeutung für unsern Verband zunächst ist bei Behandlung desselben die Frage zu beantworten, wer Bauenagitation betreiben soll. Eigentlich müßte die Frage überflüssig sein. Jedoch weil sie in der Jetztzeit so verschieden beantwortet wird, ist zu prüfen, welche Antwort die richtige ist.

Sehr viele Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß der Angestellte des Verbandes die Bauenagitation zu betreiben hat, weil er dafür ja da ist. Er soll von Bau zu Bau gehen, um für den Verband zu werben. Diese Auffassung obliegt nun gewiß einem Verbandsangestellten. Es bleibt nur die Frage offen, ob ihm dazu so die Möglichkeit gegeben ist, wie es notwendig wäre, und er es selber gerne wünscht. Daß das bei den heutigen Zeitverhältnissen, die sich täglich mehr komplizieren, nicht der Fall ist, wird jeder vernünftig denkende Kollege ohne weiteres einsehen.

Anderer wieder sind der leichtfertigen Auffassung, daß es genügt, wenn jeder Arbeitskollege sagt, er sei organisiert. Sich einmal durch eine Bücherkontrolle davon zu überzeugen, hält man für überflüssig.

Auf vielen Baustellen stellt sich alles als organisiert dar. Hier sind alle Schattierungen der „modernen“ Verbände vertreten. Unionisten, Syndikalisten, Deutscher Bauarbeiterverband, Richtung Chemnitz usw. Wie oft kann man feststellen, daß Kollegen, die den Zentralgewerkschaften angehören, keinen Ton dazu sagen, ja sogar der Meinung sind, an dem Zustand nichts ändern zu können. Kollegen, die aus Industrie und Bergbau ins Baugewerbe kommen, werden nicht aufgefordert, sich zu der nun für sie zuständigen Organisation überzugeben zu lassen. Die Folge davon ist, daß sie recht oft überhaupt keinem Verband mehr angehören.

An anderen Baustellen aber ist der gesetzlich geschätzte Betriebsvertreter, der Baudelegierte, gewählt. Wie steht es denn auf seiner Baustelle? Gar oft erhält man von ihm die vielversprechende Antwort, daß nach seinem Dafürhalten alles in Schuß sein muß. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Sind die Verbandsmitglieder im letzten Monat oder auf der Baustelle überhaupt schon mal eingesehen worden, oder hat sich der Baudelegierte nur zum Schein wählen lassen, vielleicht auch deshalb, um bei einem Lohnkampf nicht direkt auf der Straße zu liegen? Wird nicht der Baudelegiertenposten zum Deckmantel der Laune benutzt?

Es soll aber an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß es auch Baustellen gibt, wo der Baudelegierte seinen Posten voll und ganz ausfüllt. Nicht nur für den geordneten Fortgang des Betriebes trägt er Sorge, sondern hat auch ein Auge darauf, wie es um die Organisationsverhältnisse an der Baustelle steht. Er läßt nicht zu, daß es Mitarbeiter gibt, die nur die erzwungenen Rechte genießen wollen, ohne Pflichten zu erfüllen. Er verlangt nicht danach, daß der Angestellte des Verbandes zur Regelung jeder kleinen Angelegenheit auf der Baustelle erscheint, vielleicht gar deshalb, um einen Unorganisierten in den Verband aufzunehmen. Er gibt sich Mühe, die Vorteile des Betriebsrätegesetzes richtig anzuwenden. Auch nimmt er sich nach beendeter Arbeitszeit eine für ihn lehrreiche Broschüre zur Hand, um sein Wissen zu bereichern nach dem Wahrspruch: „Wissen ist Macht“. Er ist eben ein Mann und Gewerkschafter von echtem Schrot und Korn. Er ist ein ganzer Mann. Er erwirbt sich, vielleicht nach Überwindung harter Widerstände, durch sein ruhiges und überlegenes Wesen die Achtung seiner Kollegen. Um ihn dreht sich die ganze Tagesarbeit. Mit ihm und für ihn geht und fällt seine Kolonne. Auch mit dem Vorker weiß er ein gutes, beiden Teilen gerecht werdendes Verhältnis herzustellen.

Nach dieser knapp skizzierten Darlegung der Zustände auf den verschiedenen Baustellen ist noch immer die Frage zu beantworten, wer denn nun die eigentliche Bauenagitation betreiben soll.

Die einzig richtige Antwort dürfte keinem, der sich Gewerkschafter nennt, schwer fallen. Jeder Verband sollte eine Bauenagitation sein. Der Baudelegierte darf auf keiner Baustelle fehlen. Seine Verbandskollegen haben die heiligste Pflicht, ihn zu unterstützen, ihn zu helfen und nicht etwa ihm seinen Posten noch zu erschweren. Wo ein christlich organisierter Bauarbeiter auf der Baustelle ist, muß er sich als tüchtiger Gewerkschafter zeigen. Sich ganz zurückhalten und nicht einmal den Mund aufzutun, entspricht nicht einem Mannes Würde. Ein Wort zur rechten Zeit tut stets seine Wirkung.

Also jedes Mitglied unseres Verbandes sollte es sich erneut zu Herzen nehmen, daß es mitarbeiten muß in der Agitation. Mit Schimpfen über dieses oder jenes, was einem nicht gefallen, ist der Arbeiterschaft nicht geholfen. Nein, wo geholfen werden soll, müssen auch

Perlen deutscher Städte

3. Die deutschen Städte am Bodensee

Der Bodensee ist der größte und schönste See Deutschlands. Es ist, als wollten sich deshalb möglichst viele der deutschen Staaten an ihn drängen. Außer Österreich und der Schweiz haben nämlich Bayern, Württemberg und Baden an ihm teil. Jeder dieser Staaten aber birgt eine deutsche Stadtverehrung: in Bayern liegt Lindau, im württembergischen Gebiet Friedrichshafen, und bairisch ist Konstanz. Das Bodenseeland besitzt eine schon sehr alte Kultur — war es doch bereits von den Römern besetzt — und demzufolge haben auch die Städte auf eine ansehnliche Vergangenheit zurückblicken.

Von Rindern her erreichen wir mit der Bahn zuerst Lindau im Bodensee; denn die Stadt ist tatsächlich auf einer Insel erbaut, die durch Brücken mit dem Festlande verbunden ist. Ein alter wasseriger Konventurm erinnert an die Urgestalt. Die Hauptsehenswürdigkeit der Stadt aber ist das aus dem 15. Jahrhundert stammende Rathaus in aufstrebender, gotischer Renaissance. Besonders die Giebelfront mit ihrem schönen Treppenanbau gibt einen geschlossenen, einheitlichen Eindruck. Vorder- und Hinterseite des Hauses sind reichlich bemalt. Im Innern birgt es eine interessante Sammlung von Altgeräten. Das eigentliche Wahrzeichen des Ortes bildet die richtige, zwiezmächtige Grotto, an der einstweilen ein Leuchtturm, andererseits sich ein majestätischer, hoher Turm erhebt.

Wie wir schon mit einem Dampfer, was durch die Rare Platz nach Friedrichshafen zu sehen. Da sehen wir rechts

sich endlos das deutsche Flachland — meist Obstgärten und Hopfenfelder — dehnen, während von links die Schweizer Bergriesen ernst herübergrüßen. Der Dampfer hält sich mehr am deutschen Ufer. Bald haben wir die Höhe des alten, gelblichen Schlosses Montfort erreicht. Es ist jetzt in Privatbesitz, aber die prachtvollen, jahrhundertalten Kammern des Schlossparks rauschen von stolzer und ruhiger Vergangenheit. Schnell eilen wir nun Friedrichshafen zu.

Hier wimmelt es von Fremden, und wir ziehen uns daher zunächst in das „Alteutsche Haus“, eine wirkliche, urhegliche Gaststätte zurück, um uns mit einem guten Glas Bier zu stärken. Hier können wir wieder einmal ein Viertelstündchen von längst vergangenen Tagen träumen. Dann besichtigen wir den Ort mit dem schönen Schloß, dem reichgeschmückten Rathaus und der ansehnlichen Kirche. Am meisten aber zieht es uns von hier in den neuangelegten Vorort, die „Seltenshald“, hinaus. Ich muß sagen, daß ich, als ich sie das erste Mal im Sommer 1918 sah, vor Staunen und Entzücken außer mir war. Es ist das eine der ersten Kriegserlebnisse, jenseits für die Kriegsveteranen erbaut und vielleicht auch bis heute die schönste. Inmitten der reizenden Gegend liegt hier, ganz nach einheitlichem Plane, die schönste Kleiniedlung, um einen anmutigen Marktplatz gruppiert. Hell und freundlich, wie Schwabacher, steht ein Haus neben dem andern, jedes mit einem blühenden Garten versehen. Das ist moderne Ortsbaukunst, und glücklich, die hier wohnen!

Wir sehen in gehobener Stimmung unsere Dampferfahrt fort. Untermweg begegnen wir der steil am Seeufer

gelegenen, altberühmten Ruine „Meersburg“, in neuerer Zeit wieder viel genannt als Arbeitsstätte der Dichterin Annette v. Droste-Hülshoff. Von hier aus kreuzt der Dampfer den See und fährt quer hinüber nach dem allglänzenden Konstanz am anderen Ufer, dessen hohe Türme schon weither wirnten.

Konstanz hat in seinen Mauern viele historische Begebenheiten von großer Bedeutung gesehen. Hier fand das berühmte Konzil statt, auf dem Guß beurteilt wurde, hier wurden die Hohenzollern mit der Mark Brandenburg belehnt, hier schloß in noch früherer Zeit Kaiser Rudolf mit den italienischen Städten den berühmten Frieden. Das größte Baudenkmal der Stadt ist sein Münster. Schon im Jahre 1052 begonnen, natürlich in romanischem Stile, wurden später im gotischen Stil viele Neu- und Anbauten vorgenommen, zuletzt noch um 1850, wo der durchbrochene Turm aufgeführt wurde, von dem man einen herrlichen Rundblick hat. Trotz dieser Erhellung ist der Gesamteindruck ein imposanter. Im Innern enthält das Münster die Reliquien des hl. Konrad sowie große Kunstschätze, von denen die berühmtesten kostbare Reliefs und prachtvoll geschnitzte Chorstühle sind. Die Bauarbeiten aus dem 18. Jahrhundert sind. Auch die Fußspur wird noch gezeigt, wo Guß gestanden haben soll, was eine gewisse Neugierigkeit mit dem omnibussen Lintenlachs Luthers auf der Wartburg hat. — Von den Konstanzener Profianbauten ist vor allem das „Rathaus am Hafen“ hervorzuheben. Es stammt aus dem 14. Jahrhundert und wirkt in seiner gänzlich freien Lage durch seine vornehme Einfachheit ganz außerordentlich. Georg Rowotnik.

Zaten vollbracht werden. Und nicht der Angestellte des Verbandes, nicht die Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Beauftragten sind allein verantwortlich für das Leben der Organisation, und die Schlagkraft derselben, sondern alle, die ihr angehören. Alle haben gleiche Rechte, alle auch gleiche Pflichten. Es muß geschlossen von sämtlichen Mitgliedern gearbeitet werden nach der Devise: „Wer nicht säet, soll auch nicht ernten.“

Allen, die es ehrlich meinen, mit sich und der deutschen Arbeiterklasse, die treu stehen zu unserem Verband, ist zu empfehlen: Arbeitet mit in der Agitation für euren Verband auf den Arbeitsstellen! Habt dabei das Ziel im Auge, das unser altes Verbandsplakat mit den Worten umschrieb: „Geht ist die Kraft des Einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen.“

A. Ernst, Bochum.

Allgemeine Rundschau

Am Beginn der Wirtschaftskrise

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in Deutschland macht sehr starke Fortschritte. Nach den jetzt vorliegenden Berichten der Bundesarbeitsämter aus der zweiten Septemberwoche zeigt sich in allen Gewerben eine kräftige Zunahme der Arbeitslosen, während die Industrie fast überall Neueinstellungen nicht mehr vornimmt. Die Betriebsbeschränkungen werden teils auf Kapital und Rohstoffmangel, teils aber auch auf Absatzstörungen zurückgeführt. Bemerkenswert ist eine Bekanntmachung des Reichsamts für Arbeitsvermittlung, wonach der Bedarf an ungelerten Bergarbeitern für den Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbau in den letzten Tagen weiter stark zurückgegangen ist und Zuweisungen von Arbeitskräften dorthin nicht mehr erfolgen sollen. Zu der Metall- und Maschinenindustrie hat die Nachfrage nach Arbeitskräften stark nachgelassen. Im Baugewerbe hält vorläufig die gute Beschäftigung an, doch finden Neueinstellungen nur noch vereinzelt statt. Im Fertigungsgewerbe flaut der Geschäftsgang offensichtlich ab. Allgemein wird über Mangel an Rohmaterialien geklagt. Auch in der Konfektion, besonders in Berlin zeigt sich ein allmähliches Steigen der Arbeitslosenziffern. Die Fabrikanten nehmen bereits Verkürzung der Arbeitszeit und Entlassungen vor. Besonders deutlich zeigt sich die Verschlechterung in verschiedenen Zweigen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, vor allem bei den Margarinefabriken und im Tabakgewerbe. Hier beabsichtigen verschiedene U.ternehmungen ihre Betriebe vorläufig ganz zu schließen. Noch schlimmer als bei der Industrie wirkt die herannahende Krise im Handwerk. Die Kleinmeister versuchen nach Möglichkeit ohne fremde Hilfskräfte auszukommen. Die Landwirtschaft steht im Zeichen der Kartoffel- und Rübenernie und bietet noch vielen Arbeitslosen Gelegenheit zu vorübergehender Beschäftigung.

Ganz allgemein zeigt sich unter dem Druck der Teuerung ein verstärkter Andrang von Arbeitskräften, insbesondere von Frauen, Sozialrentnern und Altersinvaliden. Die Unterbringung derselben gestaltet sich natürlich gerade jetzt besonders schwierig. Immerhin gibt es noch verschiedene Berufsgruppen, für die nach wie vor reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. So besteht in allen Zweigen des Holzgewerbes sehr starke Nachfrage nach gelerten Arbeitskräften. Geübte Steinmetzen bleiben ebenfalls gesucht, obwohl die Arbeitsmarktlage im Handelsgewerbe sich in verschiedenen Landesteilen bereits wesentlich verschlechtert hat. In Berlin haben umfangreiche Kündigungen bei großen Versicherungsgesellschaften stattgefunden. Die Nachfrage nach weiblichem Hauspersonal ist im allgemeinen noch sehr rege, das Angebot nimmt jedoch ständig zu, da die unter dem Druck der Teuerung Beschäftigung suchenden Mädchen und Frauen in der Industrie und im Handelsgewerbe nur sehr schwer ankommen und sich deshalb lieber für häusliche Dienste begeben.

Ganz allgemein zeigt sich also am deutschen Arbeitsmarkt deutlich ein allmähliches Nachlassen der Hochkonjunktur. Verschiedene Krisensymptome am Geld- und Warenmarkt deuten daraufhin, daß diese unangenehme Veränderung auch am Arbeitsmarkt stärker hervortreten wird. Nach den Berichten von 355 deutschen Städten (über 10 000 Einwohner) betrug die Gesamtzahl der unterstehenden Vollerwerbstätigen am 2. September dieses Jahres 10 607 gegen 9798 am 19. August dieses Jahres. Die Erwerbslosenziffer weist also zum ersten Male seit langer Zeit eine Steigerung auf. Bemerkenswert ist, daß für Groß-Berlin, Breslau, Leipzig, Nürnberg und verschiedene andere Städte noch kein Rückgang zu konstatieren ist, während in Hamburg, Altona, Bremen und anderen Orten an der Wasserfront die Verschlechterung schon deutlicher in die Erscheinung tritt.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes

Der Monat August hat eine sprunghafte Aufwärtsbewegung der Lebensmittel gebracht. Richard Falwer berechnet nach seiner bekannten Methode die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, im Durchschnitt für die 200 höchsten Plätze des Deutschen Reiches auf 2420,48 je Woche gegen 1653,09 M im Juli. Vergleicht man die Augustziffer mit der Vorkriegszeit, so zeigt sich, daß die Kosten der Ernährung nahezu auf das 100fache gestiegen sind. Seht man die Indexziffer für Juni 1914 gleich 1, so ergibt sich folgender Maßstab für die sinkende Kaufkraft des Geldes:

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes in M	Steigerung auf das ... fache
Juli 1914	24,73
August 1921	895,96
Januar 1922	548,85
Juli 1922	1653,09
August 1922	2420,48

Am 30. September 1922 ist der vierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

Für eine Anzahl wichtiger Plätze in den verschiedenen Landesteilen wurde folgende Indexziffer berechnet:

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes je Woche in Mark:	August 22		
	August 21	Juli 22	August 22
Groß-Berlin	421,68	1657,11	2472,58
Königsberg	383,67	1598,79	2368,05
Breslau	381,48	1363,29	2290,35
Bochum	393,12	1655,22	2315,94
Frankfurt a. M.	395,31	1688,79	2449,38
Nachen	465,18	2005,77	2866,20
Nöln	428,49	1833,18	2541,84
Saarbrücken	446,16	2463,12	4899,39
Leipzig	413,97	1774,47	2475,42
Hamburg	381,33	1810,26	2201,28

Ganz besonders schwer werden von der Teuerungswelle die im besetzten Gebiet und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft gelegenen Städte betroffen. Die Indexziffer für Saarbrücken ist bereits doppelt so hoch wie der Reichsdurchschnitt. Hier zeigt sich deutlich die katastrophale Wirkung der Samstagsfahrten ausländischer Kuffläufer nach den deutschen Grenzbezirken und der preissteigernde Einfluß der Kaufkraft der Besatzungstruppen.

Der Kampf um die Getreideumlage

scheint wieder einmal aufzulockern. Die Geldentwertung der letzten Wochen hat den Landwirten eine willkommenen Waffe in die Hand gedrückt, um gegen die Unfurchterhaltung der Umlage überhaupt anzutreten.

Hast Du schon

Den „Deutschen“

die Tageszeitung unserer Bewegung für das 4. Quartal bestellt?

Das große Zeitungsterben hat eingesetzt, soll auch der „Deutsche“ durch Deine Schuld daran glauben? Du allein hast den Schaden davon, wenn der Verfechter Deiner Interessen in der breiten Öffentlichkeit nicht mehr da ist.

Deshalb gib sofort Deine Bestellung auf!

In diesem Zusammenhange kann man sich nur den Ausführungen anschließen, welche die „Märkische Volkszeitung“, das Berliner Zentrumorgan — das gewiß über den Vorrang erhaben ist, gegen die Landwirtschaft zu „heken“ —, in einem Leitartikel vom 20. September macht:

„Der Handel mit Getreide ist den Landwirten zum größten Teil freigegeben. Nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil ist die Abgabe an die Regierung zu einem billigeren als dem Marktpreis durch Gesetz vorgeschrieben. Mit Hilfe dieser Getreidemengen kann die Regierung die Brotversorgung der Bevölkerung zu einem billigeren Verkaufspreis durchführen. Die Landwirte sehen in dieser „auf ihre Kosten“ durchgeführten Preisbemessung nur die Sondersteuer, und viele ihrer Vorkämpfer erklären diese Belastung für unheroisch. Nicht wenige Landwirte freilich sehen ohne weiteres ein, daß sie als die Besitzer des Bodens, der im Verein mit Sonne, Regen und Wind, einen großen Teil seiner Arbeit umsonst vollbringt, eine besondere Pflicht gegenüber jenem Teil der Bevölkerung haben, der auch zum Volksganzen gehört, aber keinen Boden besitzt und daher auch keinen direkten Anteil an dem Gottesgaben hat, der dem Boden zufließt und an dem mitbeteiligt zu werden er ein Naturrecht hat. Dies Recht besteht in ähnlicher Weise auch hinsichtlich jener anderen Naturschätze, wie z. B. Kohlen, die das ganze Volk auch für seine Lebenshaltung notwendig braucht. Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß die Besitzer des Bodens und seiner Schätze ihrer Pflicht gegenüber der Allgemeinheit gerecht werden und deshalb ist eine Aktivierung des Staates bei der Preisbemessung für die lebensnotwendigsten Bodenprodukte berechtigt.“

In der besonderen Lage, in der sich Deutschland befindet, erfordert die Marktentwertung noch ganz besonders eine Preiskontrolle dieser Waren durch den Staat. Die Inlandmarktpreise sind glücklicherweise noch niedriger als die Preise des Auslandes und ermöglichen einen Wettbewerb unserer Arbeitserzeugnisse auf dem Weltmarkt und damit die fast volle Beschäftigung aller arbeitsfähigen Deutschen. Dieser Zustand wird zum großen Teil durch den billigeren Preisstand der von den Landwirten erzeugten Produkte aufrechterhalten. Würden diese Produkte zum Weltmarktpreis gehandelt, so würden sofort die Preise aller anderen Waren folgen. Die Löhne würden den Weltmarktpreisen angepaßt werden und in ganz kurzer Zeit würde sich ergeben, daß die deutsche Industrie nicht mehr auf dem Weltmarkt konkurrieren könnte und zu großen Betriebsstörungen gezwungen würde. Diese Zusammenhänge sind völlig klar und müssen auch von

den Landwirten anerkannt werden. Deshalb ist die Forderung des „Marktpreises mit einem kleinen Abschlag“, wie er von den Landwirten für das Umlagegetreide verlangt wird, viel zu weitgehend. Die Gehälter und Löhne der Konsumenten sind trotz aller Erhöhungen auch heute noch viel niedriger als im Frieden. Will der Landwirt nach dem Dollartkurs bezahlt werden, dann müßte dies auch bei den Konsumenten geschehen. Auf diesem Wege läßt sich die Getreidepreisfrage nicht lösen. Das den Landwirten bei der Festsetzung des Getreideumlagepreises zugemutete Opfer ist durch die inzwischen eingetretene starke Geldentwertung das Mehrfache größer geworden, als man bei Festsetzung des Preises dachte und wirkt jetzt als eine ungewollte Ungerechtigkeit. An deren Beseitigung mitzuwirken, ist das Zentrum bereit. Es muß ein Preis festgesetzt werden, der den erhöhten Ausgaben des Landwirts für Löhne, Dünger, Maschinen, Kohlen, Futtermittel, Aufschlag usw. Rechnung trägt und der andererseits ein Niedrighalten des Brotpreises nicht unmöglich macht. Zu gleicher Zeit muß die Landwirtschaft darüber aufgeklärt werden, was für das Volksganze und damit auch für sie selbst auf dem Spiele steht, wenn sie die Abgabe des Umlagegetreides verweigert. Gewiß ist eine schnelle Verständigung über den Umlagepreis notwendig, aber ebenso wichtig ist, daß eine wirkliche Verständigung erreicht wird, der nicht nur die Landwirte, sondern auch die Konsumenten zustimmen können.“

Staurige „Freiheitshelden“

Aus Detmold berichtet das Bruderorgan unserer christlichen Holzarbeiter: „Zu welchem Grad moralischer Verkommenheit der Mensch durch politische Verheerung gebracht werden kann, zeigte die im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Arbeiter der Firma Hugel und Biesenbach in Detmold. Sie verlangten von einem seit 16 Jahren christlich organisierten 50-jährigen Arbeiter, in den Deutschen Holzarbeiterverband überzutreten. Als Bedrohungen keinen Erfolg hatten, stellte man an die Firma das Ansinnen, den fraglichen Arbeiter zu entlassen. Die Firma mußte dies unter dem Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen ablehnen. Um die Entlassung zu erzwingen, trat darauf die gesamte Belegschaft in den Streik. Ein solches Verhalten gegenüber einem Arbeitskollegen, der noch vor zwei Wochen mit den übrigen Arbeitern einen neunmütigen Streik um bessere Löhne geführt hat, dürfte auch in der deutschen Arbeiterbewegung bis jetzt einzig dastehen. Es wird aber zu einer nicht zu übertreffenden Gemeinheit, wenn man weiß, daß der betreffende Kollege vor einem halben Jahre durch einen Brand Tod und Gut verloren hat und heute mit seiner kranken Frau völlig mittellos dasteht. Geeignete Gegenmaßnahmen sind vor dem christlichen Verband getroffen.“

Wirtschaftliche Bewegung

Bayern

Die durch die Preisentwicklung bedingte Revision des Schiedsspruches vom 27. 8. erbrachte nach ergebnisloser Verhandlung einen neuen Schiedsspruch, der im wesentlichen nachstehende Änderungen bringt:

1. Für die Zeit vom 15. 9. 22 bis 1. 10. 22 erhalten die Facharbeiter der Ortsklasse I einen Stundenlohn von 75 Mark.

Vom 1. Oktober 22 ab erhöhen sich diese Löhne auf 85 M. In der nächstfolgenden, ordnungsmäßigen Lohnverhandlung wird geprüft, ob durch den 2. Teil der Lohnerhöhung (85 M ab 1. 10. 22) eine genügende Abgeltung der Teuerungsentwicklung stattgefunden hat. Ist dies nicht geschehen, so soll dies bei der neuerlichen Lohnfestsetzung berücksichtigt werden.

Demnach betragen die Stundenlöhne der Facharbeiter:

Ortsk. I	II	III	IV	V
ab 15. Sept. 22	75,—	73,15	71,25	67,50
ab 1. Okt. 22	85,—	82,90	80,75	76,50

Die Löhne der übrigen Arbeiterkategorien errechnen sich nach den vertraglichen Bestimmungen.

2. Die Frist gemäß § 5, Abs. 4 des Reichsstatutvertrages beginnt am 1. 9. 22.

3. Zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches wird den Parteien Frist bis 20. 9. 22 gegeben.

Die Löhne der Spezialarbeiter, der Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter, der jugendlichen Fach- und Hilfsarbeiter sowie der Lehrlinge, ergeben sich aus der durch Vereinbarung und Schiedsspruch vom 27. 8. mitgeteilten Prozentrechnung.

Aus dem Verbandsleben

Saarbrücken. In verschiedenen Orten des Saargebietes fanden in den letzten Tagen Versammlungen statt, die vor allem der Festigung und Ausbreitung des Verbandes sowie auch der sich aus den besonderen Verhältnissen des Saargebietes ergebenden Lage Rechnung tragen sollten. Die Lage der marktempfindenden Arbeiterklasse ist eine außerordentlich ungünstige. Besonders die Bauarbeiter, die an den Saisoncharakter des Gewerbes gebunden sind, empfinden die Folgen der Doppelwährung besonders schwer. Der Stundenlohn für September beträgt für gelernte Berufsleute 130 M. Gemessen an den wahren Lohnverhältnissen ist es dem Bauarbeiter nicht mehr möglich, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Verelendung der Bauarbeiterklasse nimmt allmählich erschreckende Formen an und die Kollegen sind gezwungen, wider ihre bessere Überzeugung zum großen Teil in Notthüringen Arbeit zu suchen, obwohl eine starke Nachfrage, vor allem nach gelerten Kollegen, hier herrscht. Der Schaltung und der

Zukunft des Baugewerbes ist dieser Zustand äußerst schädlich und es scheint, als ob die Arbeitgeber sich dieser Erkenntnis gewaltig verschließen. Im Interesse der wohnungssuchenden Bevölkerung wie auch der Weiterentwicklung des Gewerbes wäre es gelegen, wenn eine Lösung dieser brennenden Frage gefunden würde. Unseres Erachtens ist dies möglich, wenn die Löhne der Bauarbeiter so gestellt werden, daß ihre Existenz gesichert ist. Die in allen Versammlungen vorgebrachten berechtigten Klagen der Bauarbeiter werden nur abgestellt werden können, wenn ein fester Zusammenschluß vorhanden ist. Die Erreichung dieses Zieles muß Hauptaufgabe jedes einzelnen hier sein. Es scheint, als ob in der jüngsten Vergangenheit dieser Kerngedanke etwas vernachlässigt worden wäre. Um so gebieterischer erfordert die Gegenwart und Zukunft ein Einstehen aller für alle. Unorganisierte darf es deshalb keine mehr geben. Tue jeder unserer Kollegen seine volle Pflicht und Schlußfolgerung und führe den letzten Mann dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter zu.

Contwig. Am 11. d. M. fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Koch-Allm über das Thema: „Die Mission der christl. nationalen Arbeiterbewegung im neuen Deutschland“ referierte. Die Aufnahme der Ausführungen und der am Schluß gesprochene Beifall zeigte, daß die Contwiger Bauarbeiter den vollen Ernst der Lage erkennen, aber auch bereit sind, sich voll und ganz in die Sinne der christlich-nationalen Bestrebungen in den Dienst des Allgemeinwohl zu stellen. Ehrensache jedes einzelnen Kollegen ist es, das in der Diskussion dem Kollegen Koch gegebene Besprechen, nicht zu ruhen und zu rufen, bis der letzte Bauarbeiter von Contwig unserem Verbande angehört, zu erfüllen.

Rittel. Ein großer Teil der Holzhaue des Saargebietes hat sich unserem Verbande angeschlossen. In einer Versammlung wurde zu allen die Holzhaue bewegenden Fragen Stellung genommen. In der recht lebhaften Aussprache kritisierten die Kollegen vor allem die unverschämten niedrigen Löhne, schlechte Lage wurde aber auch gehandelt über verschiedene Unstimmigkeiten, die sich aus der jeweiligen Auffassung gewisser Institutionen über den Tarifvertrag ergeben. Angeregt wurde, eine Konferenz sämtlicher Holzhaucerguppen abzuhalten, um die Wünsche der Holzhaue klar heraus zu kristallisieren und sie weiter zu vertreten. Kollege Koch sagte das zu, doch auch jede Gruppe müsse ihre volle Pflicht und Schlußfolgerung tun und den letzten Unorganisierten dem Verbande zuführen. Es liegt nun an uns selber, die Verwirklichung dieses Wunsches wahr zu machen.

Bau-Rundschau

Ueber die Einwirkung des Marktarztes auf das Baugewerbe

Schreibt die „Germania“ vom 9. September:
Die neue Marktarwertung hat auch der B. n. r. am Baumarkt, die sich in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hatte, ein Ende bereitet, weil die Industrie, und vor allem die Siedlungsgesellschaften infolge der gewaltigen Steigerung des Bauens sehr reiche Beuten eingestrichelt und weitere Pläne auf unbestimmte Zeit verschoben haben. Auf den Baumärkten sind wertvolle Materialien liegen geblieben, die dem Viehstahl und der Vermittlung ausgesetzt sind. Bedauerlich ist bei dem großen Materialmangel, daß große Mengen von Baumaterialien, insbesondere von Zement, die bei den eingestellten Siedlungsgesellschaften, denjenigen Industrien entzogen sind, welche es für nötig gehalten haben, ihre Bauten trotz der Steigerung aller Kosten durchzuführen. Außerdem dürfte in der nun folgenden stillen Zeit das Baugewerbe einen großen Teil der mühsam herangezogenen Arbeitskräfte wieder an die Industrie abgeben müssen. Der Arbeitermangel im Baugewerbe war bis jetzt noch ziemlich groß, obwohl die Löhne immerhin so hoch waren, daß sie Arbeiter aus allen anderen Industriezweigen anlockten. Die Steigerung der Materialpreise war in den vergangenen Monaten etwa doppelt so groß wie die Steigerung der Löhne. Die Löhne mochten dem Kaufkraftindex der Lohnarbeiter und Kaufkraftindex zufolge, heute nur noch etwa 20-30 Prozent der Selbstkosten des gegen 50-60 Prozent in Friedenszeiten.

In den Süddeutschen des Baugewerbes war der Geschäftsgang in der letzten Zeit im allgemeinen gut; die Zentralindustrie konnte den an sie gestellten Anforderungen hinsichtlich der Rohmaterialien nicht entsprechen. Deshalb darf jedoch die Rohmaterialindustrie in der Zentralindustrie keine Verwendung finden. Dieser Zement wird allerdings nicht in den freien Handel kommen, wo die gesetzlichen Höchstpreise Geltung haben, sondern nur an große Abnehmer, wie den Staat und industrielle Konzerne, geliefert werden. Die Einwirkung der Industriepreise infolge der Selbstkosten dürfte eine Entspannung der Nachfrage herbeiführen haben. Die Zementpreise werden infolge der Erhöhung der Kohlenpreise, der Löhne und der Zinsen immer weiter heranziehen.

Gegen den Ziegelsteinwucher

Wendet sich der preussische Minister für Volkswohlfahrt mit folgendem Erlaß an die Regierungspräsidenten: Es stehen sich die Fälle, daß einzelne Baukassenzüger und Händler unbillig hohe Preise für Ziegelsteine fordern, die mit den Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen sind. Da eine demartig angeordnete Preisbindung der Förderung des mit öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsbaues zuwiderläuft und die Allgemeinheit schädigt, ersuche ich, der Baukassenzüger und Händler besondere Beachtung zu spenden und über etwaige Forderungen unter Vorlegung der besonderen Verhältnisse umgehend zu berichten.

Auf gemeinlich, aber erreicht wird damit kaum etwas. Der Ziegelsteinwucher hat seit einiger Zeit besonders trassé Formen angenommen.

Phantastische Baustoffpreise

Die Entwicklung der Baustoffpreise nimmt geradezu phantastische Formen an. So wurden die Höchstpreise für Zement ab 1. September um rund 100 Prozent erhöht. Sie betragen nunmehr (pro 10 Tonnen):

im Gebiete des nordh. Verbandes . . . 53 559,-
" " " rheinisch-westf. Verbandes 52 549,-
" " " südd. Verbandes . . . 54 128,-

Im folgenden die Preisentwicklung des Zementes im letzten Halbjahr:

Monat	Preis ab	Nordh. Verband	Rheinisch-westf. Verb.	Südd. Verband
4. März		9 282,-	8 942,-	9 430,-
1. April		10 135,-	9 595,-	10 413,-
21. April		11 203,-	10 663,-	11 481,-
2. Mai		13 803,-	13 263,-	14 081,-
1. Juni		14 201,-	14 097,-	14 613,-
1. Juli		21 059,-	20 049,-	21 628,-
1. August		26 559,-	25 549,-	27 128,-
1. Septbr.		53 559,-	52 549,-	54 128,-

Technisch sind die Preise der übrigen Baustoffe in die Höhe gegangen. Während Wintermauerwerk keine in Berlin Anfang März noch um 800 % pro Tausend zu haben waren, muß man heute das 8fache dafür bezahlen.

Die Kalkpreise stiegen in Köln von 91,20 % (für 100 Tilo) Anfang März auf 480 % Anfang September. Jeder Beschreibung spottend liegen die Verhältnisse auf dem Bauholzmarkt. Kiefern-Schmittholz war Anfang März in Berlin noch für 2000 % (pro Festmeter) zu haben. Heute ist es vielfach unumgänglich, selbst kurzfristige Lieferungen zu festen Preisen zu erhalten. Die „Bauwelt“ schreibt darüber:

„Es ist heute schwierig, bestimmte Listen von Dimensionshölzern, die für öffentliche Bauten und den Siedlungsbau gebraucht werden, bei den Sägewerken unterzubringen. Die Sägemühlen, die sich mit der Wertverwertung von geringwertigerem Rohholz befassen und derartige Sorten einschneiden, verlangen die Bewilligung von Gleitpreisen, soweit sie überhaupt Anfragen beantworten. Die Beschaffung von Bauholz wird am Bauholzmarkt daher immer schwieriger. Nicht ist es hierbei, daß die Zufuhr von parallel bestimmter Ware aus der Schwarzholzwald bei kalten Gründen nahezu unumgänglich ist. Viele Sägewerke, die Kahlhölzer und Balken auf Grund alterer Verträge zu liefern haben, weigern sich das zu tun und begründen ihre Ablehnung mit der inzwischen eingetretenen Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse.“

Die Folge dieser Situation ist ein sprunghafter Anstieg der Preise, so daß heute bereits bis zu 35 000 Mark für ein Festmeter gewöhnlichen Kiefern-Schmittholzes gezahlt werden müssen! Das bedeutet gegenüber einem Friedenspreise von 60 % eine Wertenerhöhung auf das annähernd 600fache! Hier haben wir ein Musterbeispiel der schamlosen Konjunkturausnutzung zugunsten der eigenen Tasche.

Die Vorgänge auf dem Baumstoffmarkt zwingen uns zu äußerster Aufmerksamkeit. Es ist keinesfalls angängig, bei minderbemittelten Mietern eine riesige Erhöhung der Wohnungsabgabe anzuladen, wenn nicht jede Gewähr dafür geboten wird, daß kein Pfennig dieser mühsam erarbeiteten Gelder in den weiten Taschen dieser Gewinnmacher verfliehet. Der mit öffentlichen Mitteln fundierte gemeinnützige Wohnungsbau muß deshalb bevorzugt mit verbilligten Baumaterialien, möglichst unter Ausschaltung der Unternehmer- und Händlergewinne, beliefert werden!

Die Preisrevolution auf dem Holzmarkt

Unzulängliche Versorgung der Sägewerke mit Nadelholz in Verbindung mit der Selbstwertverwertung veranlassen einen teuren Wettkampf nach greifbarer Ware und ein Durcheinander auf die knapp angebotenen Röhren, daß die Preise sprunghaft in die Höhe schnellen. Bei einem Verkauf in Sigmund (Bayern) wurden letzthin für Fichtenlangholz 1. Kl. bei einem Aufschlag von 7700 % etwa 20 761 % je Kubikmeter als Preis erzielt. Dieser Satz wurde aber noch überschritten bei einem Verkauf des Schwarzwaldbesitzers Willingen, wo man 22 008 % je Kubikmeter für gleiche Ware erzielte.

Der „Deutsche“, dem wir diese Notiz entnehmen, bemerkt dazu: „Dabei geht eine Preiskrise nach der anderen kaput und die Holzbesitzer wissen nicht wohin mit ihren Gewinnen.“ Nichtig! Aber nicht nur die Preise gehen bei solchen Holzpreisen kaput, auch der Wohnungsbau wird dadurch völlig erschwert. Für ein Kubikmeter Schmittholz sind in Berlin Preise bis zu 42 000 % gefordert und wahrscheinlich auch gezahlt worden! Höher ginge es nimmer? Wir glauben doch, man wird dann höchstens in unserer kapitalistischen Presse noch etwas lauter auf die „außerordentlich hohen“ Bauarbeiterlöhne schimpfen.

Die neuen Postgebühren

Ausschneiden, aufbewahren und beachten!

Die hauptstädtischen Behörden, die ab 1. Oktober im Postverkehr innerhalb Deutschlands nach dem Saargebiet, nach Danzig, dem Memelgebiet, ferner nach Lauenburg und Dänemark (Schiffen nach diesen beiden Ländern nicht zugelassen) gelten, sind folgende:

für Postkarten im Ortsverkehr	150 M.
„ „ Fernverkehr	3,- M.
für Briefe im Ortsverkehr bis 20 g	2,- M.
über 20 bis 100 g	4,- M.
über 100 bis 250 g	6,- M.

für Briefe im Fernverkehr bis 20 g	6,- M.
über 20 bis 100 g	8,- M.
über 100 bis 250 g	10,- M.
für Druckfachen bis 20 g	1,- M.
über 20 bis 50 g	1,50 M.
über 50 bis 100 g	3,- M.
über 100 bis 250 g	6,- M.
über 250 bis 500 g	8,- M.
über 500 bis 1000 g	10,- M.
für Ansichtskarten, mit höchstens 5 Worten	1,- M.
für Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 g	6,- M.
über 250 bis 500 g	8,- M.
über 500 bis 1000 g	10,- M.
für Päckchen bis 1 kg	12,- M.
für Pakete	Nachzone Fernzone
bis 5 kg	30,- M. 80,- M.
über 5 bis 7 1/2 kg	40,- M. 120,- M.
über 7 1/2 bis 10 kg	60,- M. 160,- M.
über 10 bis 15 kg	100,- M. 280,- M.
über 15 bis 20 kg	140,- M. 360,- M.
für Zeitungspakete bis 5 kg in der Nachzone	15,- M.
für Wertsendungen Versicherungsgebühr für je 1000,- M.	3,- M.
mindestens für Wertbrief oder -paket	5,- M.
für Postanweisungen bis 100 M.	6,- M.
über 100 bis 500 M.	10,- M.
über 500 bis 1000 M.	12,- M.
über 1000 bis 2000 M.	16,- M.
über 2000 bis 5000 M.	20,- M.
für Zahlkarten bis 100 M.	3,- M.
über 100 bis 500 M.	5,- M.
über 500 bis 1000 M.	6,- M.
über 1000 bis 2000 M.	8,- M.
über 2000 bis 5000 M.	10,- M.
über 5000 bis 20000 M.	12,- M.
für gewöhnliche Telegramme pro Wort 5,- M.	5,- M.
mindestens jedoch 50,- M. im Ortsverkehr	3,- M.
mindestens 30,- M.	3,- M.

Sterbetafel.

Am 27. August starb im Alter von 56 Jahren unser treuer Kollege **B. von den Bosh** infolge eines Unglücksfalles.
Verwaltungsstelle Coesfeld.

Am 30. August starb an den Folgen eines schweren Herzleidens unser lieber treuer Kollege **Gregor Roslowski** im Alter von 28 Jahren, trotz seiner Jugend schon mehrjähriger Schriftführer der Verwaltungsstelle Berlin. Wir verlieren in ihm einen echten christlichen Gewerkschaftler, der von tiefem Idealismus befeuert, stets auf dem Posten war, wenn es galt, seine Kräfte in den Dienst unserer Bewegung zu stellen. Wir werden ihm das nicht vergessen!
Verwaltungsstelle Berlin.

Am 10. September starb infolge eines Unfalles unser treuer Kollege **Johann Böcker** (Arbeiter).
Verwaltungsstelle Münster i. Westf.

Am Mittwoch, den 13. September 1923 starb nach längerer Krankheit der Geschäftsführer der Bauproduktionsgenossenschaft „Wahlhütte Duisburg“, unser Kollege **Wilh. Hefter**, im Alter von 52 Jahren. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Wahlhütte, Duisburg.

Reichsvereinigung der Rollere Ortsgruppe Duisburg.

Am 14. September verunglückte tödlich bei Ausübung seines Berufes unser lieber und treuer Kollege, der Zimmerer **Seinr. Otto**.
Ortsgruppe Dortmund. (Zimmerer.)

Am 15. Septbr. starb im Alter von 45 Jahren unser lieber Kollege und Mitbegründer unserer Ortsstelle **Josef Thome** an Nierenleiden.
Ortsgruppe Werden.

Ehre ihrem Andenken!

In die Hand jedes mit der Bewegung lebenden Kollegen gehört das

„Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1923“

Sein Inhalt macht es zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für jeden aktiven Gewerkschaftler:

1. Von Köln nach Berlin (mit Bild).
2. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1921.
3. Die Arbeiterschaft und die deutsche Wirtschaft.
4. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und konfessionellen Standesberatern.
5. Gewerkschaft und Presse.
6. Arbeitsrechtliche Stichworte.
7. Soziale Versicherung.
8. Entwicklung von Krieg und Friedensvertrag auf die deutsche Volkswirtschaft. (Belegt durch Zahlen.)

Für Aufzeichnungen ist genügend Raum gelassen, so daß die Anschaffung eines Nachbuches nicht notwendig ist. Der Preis ist in diesem Jahre leider bedeutend höher, als im vergangenen Jahre. Die Gründe für diese Preissteigerung brauchen wohl nicht erläutert zu werden, denn jedem Gewerkschaftler wird es bekannt sein, wie die Papier- und sonstigen Unkosten gestiegen sind. Die Herstellungskosten betragen etwa 40,- bis 50,- Mark und soll das Jahrbuch auch zu diesem Selbstkostenpreis abgegeben werden. Diesen Betrag, der für die meisten Kollegen noch keinen Stundenlohn ausmacht, sollte jeder Gewerkschaftler gern für seine Bildung auswerfen.